

**Redebeitrag für Ralf Hagemeier auf der EASPD – Konferenz in Thessaloniki für den 11. Juni 2009, Thessaloniki**

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde*

die heutige Veranstaltung der EASPD hier in Thessaloniki ist überschrieben mit dem Titel: ‚Menschen an Arbeit heranzuführen‘. Dies beschreibt sehr zutreffend die tägliche Aufgabe der Werkstätten für behinderte Menschen in Deutschland und in vielen vergleichbaren Angeboten für Menschen mit starken Behinderungen in Europa.

Seit Jahren ist es gelebte Praxis und eine gute Erfahrung für die Menschen über Begleitung und Unterstützung und oft dauerhafte Assistenz - wo es notwendig und gewünscht ist - gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben zu können.

Menschen an Arbeit heranzuführen heißt sie begleiten, ihnen persönliche Entwicklung ermöglichen, Nähe zur regionalen Arbeitswelt verschaffen und ihnen den Zugang zum Arbeitsleben zu erschließen.

Was bedeutet das im Einzelnen?

Menschen mit Behinderungen haben - wie jeder andere auch - den gleichen Wunsch nach wertschätzender Arbeit und das Verlangen am Prozess der Arbeit Teilsein zu können und mitgestalten zu dürfen. Arbeit und hier besonders die Identifikation mit dem Ergebnis und der Gemeinschaft mit den Kolleginnen und Kollegen ist eine wesentliche Brücke zur gesellschaftlichen Integration.

Leider eine Lebensidee; die viele in einer von Rationalisierung und Wettbewerbsgeprägten globalisierten Arbeitswelt oft nicht erreichen können. Die Zwänge einer gewinnstrebenden Produktionswelt schließt immer wieder Menschen aus.

Insbesondere Menschen, die auf Grund erheblicher Leistungseinschränkungen und geringer Bildungsniveaus, dem erwarteten Mindestmaßen verwertbarer Arbeit aus eigener Kraft nicht folgen können und werden immer wieder ausgegrenzt.

Während viele Menschen, auch mit Behinderungen, durch Vermittlung und Bildungsmaßnahmen Zugang finden, bleibt eine Personengruppe ohne intensive Konzepte der Assistenz zurück – dass heißt sie sind dauerhaft erwerbsgemindert.

In meinem Land gibt es rund 1,0 Mio Menschen mit Behinderung im Erwerbsalter, von denen ein großer Teil durch unterschiedliche staatliche Unterstützungen und Maßnahmen, ihren unabhängigen Weg in das Berufsleben finden.

Aber rund 290.000 Menschen mit Behinderung haben als besonderen Nachteilsausgleich einen Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz in einer Werkstatt, und zwar ohne die Erwartung den Kosten der Begleitung, einen entsprechenden produktiven Nutzen gegenüber stellen zu müssen. Und ich rede besonders von den Menschen, die in der ständigen Gefahr stehen, ohne Arbeitsbezug den gesellschaftlichen Anschluss zu verlieren.

Ihre - im Produktivitätssinne - recht begrenzte Arbeitskraft, wird unter Marktgegebenheiten nicht nachgefragt.

Auf dem Weg solche behinderungsbedingte Hindernisse zu überwinden, sind Werkstätten in den vergangenen Jahren gut vorangekommen. In unseren Werkstätten stellt sich eben nicht die Frage, ob ein einzelner behinderter Mensch in der Lage ist, zur Erfüllung eines Auftrags aus der Erwerbswirtschaft schnell und sehr effizient zu arbeiten.

Die tägliche Frage in unseren Arbeitsgruppen lautet:

- Was müssen wir tun, damit der stärker beeinträchtigte Kollege mit allen gemeinsam an einem Auftrag mitarbeiten kann.
- Was müssen wir tun, **um sie oder ihn** in diese Lage zu versetzen?
- Was für eine individuelle Hilfe braucht er hierzu und welches Umfeld muss gestaltet werden?
- Welche Brücken müssen wir bauen, damit behinderungsbedingte Hürden überwunden werden können und insbesondere wie kann eine dauerhafte Assistenz gelingen, die nicht als Diskriminierung empfunden wird?

Dazu nutzen wir vier wesentliche Grundbausteine:

- ein Konzept der beruflichen Bildung, dass durch Ausdifferenzierung jedem ein Lernen ermöglicht – mitunter in lebenslangen Vertiefungsprozessen
- ein Konzept der regionalen Beratung, Berufswegeplanung und Information, bis hin zur Vermittlung - gerichtet an den einzelnen interessierten Menschen mit Behinderungen aber auch vom Umfeld nutzbar, dass nach geeigneten Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitsplatzgestaltung sucht.
- ein Konzept der Beteiligung an der Auswahl und Gestaltung der Maßnahme über individuelle Beratung, und Vereinbarung
- ein Konzept des Zuganges durch direkte Arbeitsgestaltung für Personen, die noch nicht oder auf Dauer nicht, eine auf ihre Belange und Kompetenzprofile zugeschnittenen Tätigkeit erlangen konnten.

Kurz: Wir verstehen uns als Brückenbauer und sehen uns damit auch verpflichtet Arbeitsangebote, entlang der individuellen Bedürfnisse unserer Beschäftigten zu schaffen.

Dieses geschieht eingeflochten in die jeweiligen regionalen und überregionalen realen Wirtschaftskreisläufe, um darüber die Teilhabe durch Arbeit auch diesen Menschen zu ermöglichen. Aber wir sind auch gebunden an alle Gesetzmäßigkeiten wie Termintreue, Qualität und Produktionsgestaltung. Sie können sich vorstellen, unter welchen Schwierigkeiten dieser tägliche Hochseilakt gelingt und wie uns zurzeit die Krise in der Ökonomie auch die Nähe als Belastung ins Haus steht.

Als Geschäftsführer einer solchen komplexen Organisation weiß ich leider genau wovon ich spreche.

Und dennoch ist es und bleibt es werkstattspezifisch: Die Konzeption der Arbeitsangebote richtet aus entlang den individuellen Bedürfnisse des einzelnen Beschäftigten!

Konzepte hinter Werksmauern versteckt - werden diesem Anspruch schon lange nicht mehr gerecht und sind einem flexiblen Konzept der Organisationsgestaltung gewichen.

Der Ort, an dem dies geschieht, wird dabei zu einem Gestaltungselement - einem Umfeldfaktor der Inklusion fördern aber auch hemmen kann.

Werkstätten gehen mit der Zeit und verändern sich, weil Menschen sich ändern. Werkstätten in Deutschland waren regionale Organisationsideen, um Menschen mit Behinderungen in der Region Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen und in Verbindung mit Familie und verselbständigenden Wohnangeboten die separierende Erfahrung der Anstalten zu ersparen, - und sind schon damals nicht vergleichbar mit sogenannten segregierenden Einrichtungen gewesen.

Werkstätten zeigen sich sehr erfinderisch, was den Brückenbau betrifft.

Brücken hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt **und zurück** sollte dies dem Wunsch des behinderten Menschen entsprechen.

Weil aber die Zahl der jährlich erfolgreich vermittelten Beschäftigten in Arbeitsverhältnisse der Erwerbswirtschaft konstant niedrig ausfällt, erkennt man immer noch deutlich den ausgrenzenden Faktor der Arbeitswelt.

Dieses gilt insbesondere gegenüber dem besonderen Personenkreis, dem wir uns stellen.

Es gibt in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe neuer und erprobter Angebote, die in Werkstätten konzipiert wurden. Ich möchte nur einige aufzählen, die nachvollziehbar machen wie veraltet der konstruierte Gegensatz ist, einerseits Teil des allgemeinen Arbeitsmarkts zu sein und auf der anderen Seite durch Ausgrenzung dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zuzugehören:

1. Berufswegeplanung und Förderplanung auf der Basis des individuellen Fähigkeitsprofils in Kooperation mit den Schulen
2. Angebote der Berufsbildung vorher und anschließende Weiterbildungen durch und in einem strukturierten, dem Einzelnen angepassten, Arbeitsprozess
3. In Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführte Arbeitspraktika;
4. Arbeit auf ausgelagerten Werkstattarbeitsplätzen: das sind Arbeitsplätze, die außerhalb einer Werkstatt für behinderte Menschen organisiert werden. Diese Arbeitsplätze können teilweise in Betrieben der Erwerbswirtschaft eingerichtet werden. Die Betreuung der Beschäftigten vor Ort erfolgt durch die Anbindung an die Werkstatt. Der Rechtsstatus des Werkstattbeschäftigten bleibt zur sozialen Sicherheit erhalten;

5. Mitarbeit auf Arbeitsplätzen der Erwerbswirtschaft: über Vereinbarungen mit Betrieben der Erwerbswirtschaft können Werkstattbeschäftigte Arbeitsangebote außerhalb der Werkstatt wahrnehmen. Auch hier kann der sichernde Rechtsstatus des Werkstattbeschäftigten auf Wunsch erhalten bleiben, bis die Tätigkeit eine dauerhafte Basis gefunden hat.

Also mit, durch und über das Konzept der Werkstattarbeit gelingt es den Menschen mit unterschiedlichsten Einschränkungen Teilzusein und Teilzunehmen.

Unsere Träger haben längst Konzepte von Integrationsprojekten dazugeführt, Modelle die sie haben mit Begeisterung in den skandinavischen Ländern sehen konnten, um die immer noch große Lücke zum allgemeinen Arbeitsmarkt der Erwerbswirtschaft zu schließen.

Integrationsfirmen sind heute Unternehmen, die nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien organisiert werden und sich zu 25 – 50 Prozent aus Arbeitnehmern mit schweren Behinderungen zusammensetzen. Fast 6.000 Mitarbeiter mit Behinderungen finden heute in einem Integrationsbetrieb eine Brücke zu einer dauerhaften Anstellung im allgemeinen Arbeitsmarkt.

Eine enge Kooperation zwischen den Konzepten der Werkstätte und den Integrationsfirmen sowie anderen Diensten zur beruflichen Teilhabe, bis hin zur Fachvermittlung dem Job-Coaching zeigt entsprechende Wirkung. Diese regionalen Netzwerke erscheinen uns als tragende und ergänzende Säule zu den ortsansässigen Industrien und insbesondere den klein- und mittelständigen Betrieben ist immer noch die beste Voraussetzung bieten, um behinderten Menschen eine Brücke zu einer beruflichen Teilhabe bauen. Meist sind es eben diese regional verwurzelten Betriebe sind, die behinderten Menschen einen Arbeitsplatz anbieten.

Auf diese Weise entstehen Netzwerke für angepaßte Arbeit, die sich stabilisierend auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Region und der dort lebenden Menschen auswirken können. Sie dienen damit letztendlich allen Menschen in der Region und nicht nur der besonderen Zielgruppe.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass so veralteten Zuordnungsschemata sich auflösen und auch die Unterscheidung ‚innerhalb oder außerhalb des allgemeinen Arbeitsmarktes‘ an Bedeutung verliert. Damit wird der Ausgrenzung ihr Nährboden entzogen, denn schließlich kann es doch nur um die Chance eines Menschen mit Behinderungen auf eine gleichberechtigte Verwirklichung seines Berufswunsches gehen.

Wir appellieren an die politischen Amts- und Funktionsträger in der Europäischen Kommission und in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments, sich gemeinsam mit den Leistungserbringern der beruflichen Rehabilitation, den europäischen Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen zusammenzusetzen und **wirtschaftlich tragfähige und sozialverträgliche Beschäftigungskonzepte** zu erarbeiten.

Gleichzeitig müssen die politisch Verantwortlichen realisieren, dass die Erwartung eines sich selbstregelnden Marktes nicht auf den Sektor der sozialen Arbeitsgestaltung angewendet werden können.

Eine willkürliche und ausschließlich am Wettbewerbsrecht ausgerichtete Rehabilitation stellt sich als zunehmend hemmend dar. Sie fördert nicht nur die Rechtsunsicherheit, sie schadet dem Sozialstaat und dem Wertesystem in ganz Europa.

In einem Markt gibt es immer Gewinner und Verlierer.

Menschen mit Behinderung gehören nach wie vor selten zur ersten Gruppe, und stellen eine besondere und schützenswerte Gruppe von Verbrauchern dar.

Es geht um mehr:

In der Gestaltung von Anti-Diskriminierung bedarf es eines tiefen gesellschaftlichen Konsenses und darum der Gestaltungskraft aller im sozialen Sektor um Nachteilsausgleiche als Lebensstandard durchzusetzen.

Wir alle, Leistungserbringer für „supported employment“ und für angepaßte Arbeit müssen der Politik diese Notwendigkeit darlegen, um einen sozialen Systemwechsel zu erreichen. Angebote der adapted-work sowie des supported-employments sind mehr als Mauern und Produktionsstätten. Sie sind Orte von personenzentrierten Aktivitäten und Umfeldgestaltungen, um behinderten Menschen die Teilhabe zu ermöglichen und damit Diskriminierung zu überwinden. Sie sollten alle Unterstützung erfahren, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, erneut Menschen mit geistigen, starken psychischen und mehrfachen Behinderungen auszugliedern, weil sie nicht arbeiten können oder sollen.

Es ist unsere mangelnde Vorstellungskraft in der Gestaltung des Arbeitsumfeldes, die aussonderndes Denken erzeugt - und nicht der Wille und die Fähigkeit der Menschen mit Behinderungen.

Ein solcher Systemwechsel setzt ein konsequentes Umdenken voraus und kann nur gelingen, wenn das Gesamtsystem gedacht und nicht nur Einzelaspekte verändert werden und setzt Kooperationsbereitschaft aller beteiligten Akteure voraus, die diese Veränderungen mittragen wollen.

In einem inklusiven Arbeitsmarkt dürfen und sollten Nützlichkeitsabwägungen keine handlungsleitende Rolle spielen.

In der Bereitschaft, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt bestreiten können, gleiche Teilhabechancen zu eröffnen, offenbart sich unser Wille Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Werte die wir in Europa so schätzen. Auch das besonders auf der kleinsten Ebene unserer Demokratie: in der Gemeinde.

Die Frage ist, welche Nachteilsausgleiche wollen wir den Menschen mit Behinderungen zugestehen, damit Teilhabe gelingen kann, ohne sie gleichzeitig durch die Notwendigkeit der Unterstützung in ihrer Wertigkeit als Menschen zu diskreditieren.

Unsere Einrichtungen haben sich als lernende Organisationen gezeigt. Sie werden sich auch künftig weiterentwickeln: zu Assistenzzentren und Job-Center für Menschen, die aus mentalen, psychischen oder körperlichen Gründen weitgehend, oft lebenslang gesellschaftlicher Hilfe bedürfen.

Ich würde mir wünschen, dass wir bei dieser Entwicklung auf Ihre Partnerschaft vertrauen können.

Für Ihre Aufmerksamkeit danke ich Ihnen sehr und freue mich mit Ihnen gemeinsam bei dieser Veranstaltung ins persönliche Gespräch zu kommen.